



sender

Organ der SED-Betriebs-
parteiorganisation

VEB Werk
für Fernsehelektronik

25. August 1972
0,05 M

31



Erich Honecker 60 Jahre

Dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED übermitteln alle Betriebsangehörigen die herzlichsten Geburtstagsgrüße. Wir nehmen den Geburtstag zum Anlaß, um nochmals zu versichern, daß wir die vom VIII. Parteitag gestellten Aufgaben erfüllen.

Gedanken zum Weltfriedenstag

Am Weltfriedenstag, dem 1. September, denken wir an die Bemühungen der fortschrittlichen Menschheit in aller Welt, den Frieden in der Welt zu erhalten. So begannen wir den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Schwer war der Anfang, aber die Kanonen schwiegen! Die Rote Armee hatte uns den Frieden gebracht! Die Kollektive und Brigaden, alte und junge Kollegen besuchen das Armeemuseum in Karlshorst sowie andere Gedenkstätten, Museen und sprechen den sowjetischen Genossen unseren Dank aus.

In den Augusttagen denken wir an Hiroshima und Nagasaki. Wie Hiroshima hat die nordvietnamesische Hafenstadt Haiphong nach mehrtägigen Bombenangriffen ausgesehen. Man sträubt sich in einer ersten Regung gegen den Vergleich mit jenem Inferno vor 27 Jahren, das beim Aufzucken des Atomblichtes losbrach. Mehr als 200 000 Menschen verglühten an jenem 1. August 1945 innerhalb einer Sekunde oder starben

später an den Folgen von Strahlungsschäden. Die Wirklichkeit stellt diesen Vergleich in den Schatten. In Vietnam haben die USA mehrere Hiroshimas geschaffen. Sie wagten es nur nicht, dort Kernwaffen einzusetzen, weil es der Sowjetunion gelang, das amerikanische Atommonopol zu durchbrechen, und das Anwachsen der Stärke der sozialistischen Länder war dabei mit ausschlaggebend. Dank der internationalen Kräfteverschiebung nach dem zweiten Weltkrieg hatte der Feuerball über Hiroshima das „amerikanische Jahrhundert“ nicht eingeleitet. — Indochina wurde zum größten Experimentierfeld für das Streben der USA, den veränderten Gang der Geschichte zurückzurollen. Monate, bevor Nixons Eskalation sich zur gegenwärtigen beispiellosen Intensität steigerte, hatten Experten ausgerechnet, daß die Menge des über Vietnam abgeworfenen Sprengmaterials der Zerstörungsgewalt von 770 Hiroshima-Bomben entsprach.

Im Pentagon haben perverse Hirne

noch „wirksamere“ Vernichtungspläne ersonnen. Systematische Bombeneinsätze gegen Deiche und Schleusen in Nordvietnam zielen darauf, in dem seit Jahrhunderten wegen der Überflutungsgefahr auf sein Schutzsystem angewiesenen Land eine nationale Katastrophe herbeizuführen. In der DRV leben 75 Prozent der Einwohner in den vom Hochwasser gefährdeten Flußtäälern. Ihre Existenz, ihre Lebensgrundlage sind — falls die USA ihr teuflisches Werk fortsetzen — nicht minder gefährdet, als wenn Washington den Abwurf von Atomwaffen befiehlt. Der Vergleich ist erschütternd. Die DRV-Luftabwehr holt amerikanische Superbomber vom Himmel. Den Aggressoren wird ein entschiedener Widerstand entgegengesetzt, die Aggressoren haben kaum einen sicheren Fleck in Südvietnam, Laos und Kambodscha. Das vietnamesische Volk erhält in seinem Kampf und seinem Bemühen um eine gerechte politische Lösung des Konflikts materielle und mora-

lische Hilfe von den sozialistischen Staaten und einer wachsenden Zahl anderer Länder.

In diesem Zusammenhang muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß es der Macht und der konsequenten Friedenspolitik der UdSSR zu verdanken ist, daß der Imperialismus gezwungen ist, sich dem neuen internationalen Kräfteverhältnis anzupassen. Die sozialistischen Staaten verbinden ihren konsequenten Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit der entschiedenen Abfuhr für die imperialistischen Aggressoren, mit der machtvollen, solidarischen Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker Indochinas wie aller Völker, die nach Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt streben.

Hans Beyer
Brigade „Konstantin Ziolkowski“

das argument

Ist der Exportanteil unserer Volkswirtschaft zu hoch?

Die Frage „Exportieren wir zuviel?“ ergibt sich wohl aus der Tatsache, daß wir einerseits qualitativ hochwertige Erzeugnisse produzieren, andererseits aber manchmal noch nicht ausreichend zu kaufen bekommen. Die Ursache dafür, daß es manches im Verhältnis zum vorhandenen Bedarf noch nicht genügend gibt, liegt aber nicht im Export, sondern im Aufkommen. Das heißt, wir produzieren in einigen Branchen des Gesamtbedarfs, die auch in unserem Exportplan an oberster Stelle stehen, noch zu wenig. Dazu kommt, daß wir unser Exportprogramm nicht willkürlich festlegen können, sondern uns auch nach den Kaufwünschen unserer Vertragspartner richten müssen. Umgekehrt machen wir es beim Vertragsabschluß von Importwaren genauso.

Zur Realisierung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitag orientierte das 4. Plenum des ZK der SED alle Wirtschaftsleitungen darauf, den Binnenmarkt nicht als Stiefkind zu behandeln und ihn mit Waren in ausreichender Menge und in Exportgüte zu versorgen. Die Produktion

solcher Erzeugnisse, bei denen ein hoher Eigen- und Exportbedarf besteht, erfordert deshalb ein effektives Ausschöpfen des vorhandenen Produktionsvolumens (Rationalisierung, Neuererbewegung, Materialeinsparung, Verhältnis Zulieferer zur Finalproduktion usw.) andererseits den sparsamsten und zielgerichteten Einsatz von wertvollen Importrohstoffen. Immerhin werden rund 13 Prozent unserer Konsumgüter aus Importen gedeckt.

Der Exportanteil unserer Produktion wird weiter wachsen. Das ist ein für alle sozialistische Länder geltender Entwicklungsprozeß. Dafür gibt es mindestens folgende Gründe: Erstens: Die wachsende internationale Arbeitsteilung und Produktionsspezialisierung ist ein wichtiger und in seiner Bedeutung wachsender Faktor für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zur Sicherung des kompletten Angebots an Produktions- und Konsumtionsmitteln müssen dann die nicht selbst produzierten Güter eingeführt werden und die für den Bedarf der anderen Länder bei uns mit erzeugten Waren exportiert

werden. Zweitens: Moderne Großproduktion erfordert für ökonomisch hocheffektive Mechanisierung und Automatisierung Massenproduktion und Großserien. Diese großen Kapazitäten übersteigen oft den Binnenbedarf der DDR und können sich erst beim gleichzeitigen Export. Drittens: Die DDR benötigt zur Sicherung der Rohstoffgrundlage viele Importe. Wir bezogen zum Beispiel 1970 rund 10 Millionen Tonnen Erdöl, 8 Millionen Tonnen Steinkohle, 3 Millionen Tonnen Koks, 1,5 Millionen Tonnen Getreide. Wachsendes Produktionsvolumen erfordert mehr Rohstoffimporte, die alle mit Exportwaren bezahlt werden müssen. Und viertens: Wir benötigen den Import vieler Konsumgüter und Lebensmittel, die bei uns nicht wachsen oder produziert werden können. 1970 waren es beispielsweise 45 000 Tonnen Kaffee, 200 000 Tonnen Obst und 166 000 Tonnen Südfrüchte. Auch die steigende Einfuhr solcher Produkte erfordert den steigenden Export.

Dr. Ernst Goder



Mitglieder der KDT-Betriebssektion

Die planmäßige Mitgliederversammlung der Betriebssektion der KDT für das III. Quartal 1972 findet am 6. 9. 1972, um 16.00 Uhr im Vortragsaal des Kulturhauses zu dem Thema „Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz“ statt. Es spricht Dr. Wilghos von der Sektion „Marxismus-Leninismus“ der Humboldt-Universität.

Der Vorstand berichtet über die Initiativen, Aktivitäten und Leistungen unserer Betriebssektion im III. Quartal 1972.

In der Diskussion zum Rechenschaftsbericht erwartet der Vorstand der Betriebssektion konstruktive Vorschläge zur inhaltlichen Gestaltung der Arbeitsprogramme für das IV. Quartal 1972 und für 1973. Waldhausen, Öffentlichkeitsarbeit

Energie

Die Energiewerke der Hauptstadt haben bisher in diesem Jahr durch die Verwirklichung von Neuererhaben auf dem Gebiet der rationalen Energieanwendung einen Nutzen von 300 000 Mark abgerechnet. Diese Summe wird am Jahresende sogar die Millionengrenze überschreiten, da sich ein großer Teil der Neuererorschläge erst im Winterbetrieb voll auswirken wird.

Achtung! Jugendtouristen

Die Bezirksstelle Jugendtourist, Berlin, befindet sich ab 1. August 1972 in 1034 Berlin, Frankfurter Tor 5. Wir bieten in verstärktem Umfang an: Kurz-, Städte- und Erholungsreisen. Unsere Kreiskommissionen führen jeden Donnerstag in der Zeit von 17.00 bis 18.00 Uhr Sprechstunden durch. Darüber hinaus informieren wir ständig in den Jugendmodenhäusern Karl-Marx-Allee und Brüderstraße. Bitte beachten Sie auch die Informationen in den Zweigstellen unserer Hauptstadt.

Russisch-Sprachzirkel

Russisch-Sprachzirkel im Zentralen Haus der DSF!
Das neue Studienjahr 1972 beginnt am Dienstag, dem 12. September und endet am 30. Mai 1973. Die Teilnehmergebühr beträgt 25,- Mark. Studenten und Lehrlinge erhalten 50 Prozent Ermäßigung. Es finden Kurse für Anfänger, Fortgeschrittene und Konversationszirkel statt. Die Anmeldungen für die Sprachzirkel werden ab 15. August im Zimmer 216 dienstags von 13.00 bis 17.00 Uhr entgegengenommen. Telefonische Auskünfte 20 01 21, App. 229 oder 208.

Jugendurania

Die Gründung erfolgt am 7. 9. 1972 um 15.00 Uhr im Vortragsaal. Dort wird konkret geantwortet auf Eure Fragen. Schickt Eure Vertreter.

Neuer Ausbildungsweg der Freiwilligen Feuerwehr in „S“

Teilnahme an einer Überprüfungsübung Schulungsprogramm erfolgreich absolviert

Im Februar dieses Jahres wurde eine Arbeitsberatung zwischen den Brandschutzverantwortlichen des Betriebsteiles „S“ Lichtenberg Kollegen Kauzour, dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr des Betriebsteiles „S“ Kollegen Schulze und der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr des Hauptwerkes durchgeführt. In der Diskussion, welche der Beratung folgte, äußerten mehrere Kameraden ihre Gedanken zu einer

komplexen Ausbildung.

Da auf Grund der Struktur des Betriebsteiles die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zwar über eine ausreichende Feuerwehrentechnik (Mittel und Geräte) verfügen, aber kein Löschfahrzeug haben, wurde beschlossen, einen Lehrgang außerhalb des Betriebsteiles durchzuführen.

Mit gutem Erfolg wurde am 9. 5. 1972 das gesteckte Ausbildungsziel

erreicht, und die Lehrgangsteilnehmer nahmen anschließend an einer Einsatzübung auf dem Gelände des VEB Funkwerk Köpenick teil.

Hier bewiesen sie, daß die Taktik beherrscht wird und daß die Technik von ihnen jederzeit erfolgreich eingesetzt werden kann. Das Ziel der nächsten Ausbildungsetappe ist eine größere Einsatzübung im Zusammenwirken mit den Kameraden des Hauptwerkes.

Redaktionskommission

Das Reservistenkollektiv gibt ...
... auf jede Frage eine Antwort

Wodurch entstehen Luftaufbauchungen?
Was versteht man unter dem Begriff „Fregatte“?

Laufaufbauchungen gehören glücklicherweise zu den seltenen „Panzen“, die sich größtenteils auch noch vermeiden ließen. Die Läufe unserer Waffen sind so konstruiert, daß sie den Druck der Pulvergase aushalten. Übersteigt der Gasdruck jedoch den berechneten Wert, so können Laufaufbauchungen oder Laufbrüche entstehen. Zu hoher Gasdruck wird meist durch Fremdkörper im Lauf hervorgerufen. Diese hemmen die Vorwärtsbewegung des Geschosses, die Pulvergase stauen sich hinter dem Geschos, und es entsteht der schädliche Überdruck.

Schlußfolgerung:

Waffe stets so handhaben und überprüfen, daß sich keine Fremdkörper im Lauf befinden.

Damit bezeichnet man die Klasse der Überwasserkräfte, die zum Geleit und Vorpostendienst, zur U-Boot-Abwehr, Luftabwehr sowie Abwehr von Angriffen gegnerischer Überwasserkampfschiffe und -boote bestimmt ist. Eine Fregatte ist ein ungepanzertes Kampfschiff, das mit Raketen, Universalschiffartillerie (mittleren und leichten Kalibers), U-Boot-Abwehrwaffen und -mitteln, Torpedos sowie mit Funkmeßstationen ausgerüstet ist. Ihre Wasserverdrängung beträgt 900 bis 4500 ts.

Forderung zur Verbesserung des Berufsverkehrs . . .

Während der Diskussionen zum Planentwurf für das Jahr 1973 wurden sehr oft Forderungen auf Verbesserung des Berufsverkehrs, Verkürzung der Wartezeiten in der Betriebspoliklinik und Erhaltung der Kapazität in den betrieblichen Kindereinrichtungen erhoben.

Zu diesen Fragen kann zum augenblicklichen Zeitpunkt folgendes ausgesagt werden:

1. Am 12. September beabsichtigt Stadtrat Koplín, in unserem Kulturhaus eine Konferenz zu Fragen des Berufsverkehrs durchzuführen. Außer Vertretern unseres Betriebes werden auch Vertreter der anderen Großbetriebe aus Köpenick an dieser Beratung teilnehmen.

Wir werden die in der Plandiskussion aufgenommenen Fragen in dieser Konferenz dem Vertreter des Magistrats unterbreiten, um entsprechende Antwort zu erhalten. Über die Konferenz werden wir im WF-Sender berichten.

2. Die Aufgabenstellung, die Wartezeiten in der Betriebspolikli-

nik und vor allen Dingen bei der Zahnstation und in der Gynäkologie zu verkürzen, wurde im Plan zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen 1973 aufgenommen und ist auch eine Verpflichtung des Chefarztes in der Vereinbarung, die zwischen dem VEB WF und der Betriebspoliklinik für die Jahre 1972/73 abgeschlossen wurde. In diesem Zusammenhang soll aber auch gleichzeitig das Bestellsystem überprüft und eventuell neu geregelt werden mit der Zielstellung, die Patienten der angeschlossenen Betriebe möglichst außerhalb der Arbeitszeit zur Behandlung zu stellen.

3. Auf Grund einer Auflage der Hygiene-Inspektion Köpenick vom 31. Januar 1972 wird unsere Kinderkrippe II „Clara Zetkin“ ab 1. September 1972 nicht mehr mit Kindern belegt.

Der Betrieb, der Rat des Stadtbezirks Köpenick und unsere VVB sind bestrebt, für die in diesem Objekt vorhandene Kapazität eine neue

Einrichtung bereitzustellen.

Bis zum augenblicklichen Zeitpunkt konnte diese Aufgabe aber leider noch nicht gelöst werden.

Der Kindergarten „Spreeufer“ wird spätestens im 1. Quartal 1973 umgebaut, um dann für einige Jahre als Kinderkrippe genutzt zu werden.

Die Kinder, die z. Z. im Kindergarten „Spreeufer“ untergebracht sind, werden vom Kindergarten „Agnes Smedley“ übernommen. Aber auch dazu sind noch einige kleine Umbauten notwendig, deren Durchführung z. Z. vom Technischen Direktor überprüft wird.

Der Kindergarten im Pionierpark wird ebenfalls zum 1. September 1972 aufgelöst und die Räumlichkeiten dem Pionierpark zur Durchführung seiner Aufgaben zurückgegeben.

Für die in diesem Objekt vorhandene Kapazität wurden uns vom Stadtbezirk Köpenick 36 Plätze in anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Eulau, Bereichsleiter

Fragen zur Plandiskussion



Kollege Gerhard Eulau, Bereichsleiter VA, gibt Antwort

Können wir uns das leisten? — Kollegen sorgen sich um Poliermaschine

Am 21. April 1972 erhielt die Abteilung TM 2 von TAM 1 den Auftrag, für das Projekt Si-Zehner-Diode eine Poliermaschine zu bauen. Fertigstellungstermin: 3/72, vorgegebene Kosten: 24 000,— M, Arbeitsnummer 45 210 026.

Am 4. August 1971 fand eine Beratung über den terminlichen Ablauf von Konstruktion und Bau statt.

Am 1. Oktober 1971 führten wir ein weiteres Gespräch auf Wunsch von FT 1, um den Realisierungsstand der obengenannten Maschine zu klären. Insbesondere sollte untersucht werden, ob der Forderung seitens DS auf eine Terminvorverlegung auf 1/72 entsprochen werden kann. Nach

den genannten Besprechungen wurde durch die Bereiche TAM 1 und TM alles unternommen, um den geforderten Termin 3/72 einzuhalten. Die Maschine steht in der Abteilung TM 2 und ist zu 98 Prozent fertiggestellt. Laut Hauptbuchhaltung vom 4. August 1972 sind per Juni 1972 für 88 643,41 M Material- und Lohnkosten angefallen.

Am 2. August 1972 erhielt TM 2, TM 7, DT, DS folgende Stornierung des Auftrages von FT 1:

„Auf der 10. Arbeitsberatung des Überleitungskollektivs Si-Z-Diode am 28. Juli 1972 wurde über den neuesten Stand der Liefermöglichkeiten für SiO₂-polierte Si-Scheiben

durch VEB Spurenmetalle Freiberg berichtet.

Danach ist zu erwarten, daß bei der geplanten Weiterführung der Arbeiten im VEB Spurenmetalle Freiberg bereits schon in diesem Jahr polierte Scheiben an WF geliefert werden und daß der Bedarf für die Produktion der Z-Dioden 1973 voll durch polierte Scheiben aus SMF abgesichert wird.

Aus den genannten Gründen bitten wir Sie, den o. g. Auftrag zu stornieren. Eine endgültige Festlegung über die weitere Bearbeitung des Auftrages erfolgt durch das Überleitungskollektiv bis 30. September 1972.“

Die Kollegen der Bereiche TM 2, TAM 1 sind ernstlich bewegt, und alle stellen die Frage, wie knapp nach einem Jahr so eine Entscheidung gefällt werden kann, die unser Werk um eine Schadenssumme von etwa 90 000,— M reicher macht.

G. Pfeiffer, Mitglied der AGL 11
Stellv. Brigadeleiter der soz. Brigade „Gerhart Hauptmann“

Kollege Dr. Claus nimmt Stellung

Wir haben die Eingabe des Kollegen Pfeiffer zur Kenntnis genommen. Es stimmt, daß jetzt, beschlossen durch das Überleitungskollektiv, der Auftrag gestellt wurde, den Auftrag zum Bau der Poliermaschine zu stornieren. Um aber die Zusammenhänge und die Notwendigkeiten für die einzelnen Schritte zu verstehen, müssen die Einzelheiten von Beginn an dargestellt werden.

Als im ersten Quartal 1971 die Konzeption zum Überleitungsprojekt für die „Si-Z-Diode“ erarbeitet und schließlich bestätigt wurde, zeigte sich die unumgängliche Notwendigkeit, die Polierkapazität in DS durch eine vierspindlige Poliermaschine zu vergrößern. Die Summe der zu polierenden Si-Scheiben für die Schaltdioden und die Si-Z-Dioden, die ab 1972 zu erwarten war, hätte ansonsten nicht verarbeitet werden können.

Zu diesem Zeitpunkt hatte zwar WF schon seine Forderung beim VEB Spurenmetalle Freiberg angemeldet, die Si-Scheiben, die von dort geliefert werden, nicht mehr wie bisher im unpolierten Zustand, sondern poliert zu beziehen, es gab aber keinerlei Zusagen aus Spurenmetalle Freiberg, daß und von welchem Zeitpunkt an dieser Arbeitsgang von Freiberg übernommen wird. Es

wäre im WF unverantwortlich gewesen, ohne eine eigene Polierlösung das Projekt in Angriff zu nehmen.

Alle diese Fakten waren bei Auslösung des Auftrages allen Beteiligten und verantwortlichen Leitern bekannt.

Nun muß aber noch einiges zum Realisierungsverlauf gesagt werden, durch den die Situation (Liefertermine und Kosten) noch wesentlich verschärft wurde.

Der Auftrag, der gemäß abgestimmter Ausrüstungsliste 4/71 ausgelöst wurde, beinhaltete eine Poliermaschine mit einem von TAM 1 geschätzten Kostenaufwand von 40 TM und einen Liefertermin 3/72.

Sowohl die Kosten als auch der Fertigstellungstermin wurden inzwischen weit überzogen. Per 30. Juni 1972 waren auf den Auftrag 45 21 00 26 etwa 88 TM Kosten angefallen. Für diese enorme Überziehung wurde von FT 6 am 14. Juli 1972 eine Begründung angefordert. Die Antwort von TAM vom 27. Juli 1972 sagte aus, daß nach endgültiger Fertigstellung der Maschine etwa 120 TM Gesamtkosten zu erwarten sind und mit der Fertigstellung erst Ende 1972 zu rechnen ist. Per 30. Juni 1972 konnte also nur von einer Realisierung von 75 Prozent

gesprochen werden. Oder auch folgendes: Der vereinbarte Liefertermin wurde um acht bis neun Monate überzogen, und statt der 40 TM kostete die Maschine 120 TM.

Bis Mitte Juni 1972 gab es bei den Verhandlungen mit VEB Spurenmetalle Freiberg keinerlei Hinweise darauf, daß Freiberg bereit und in der Lage sei, kurzfristig polierte Si-Scheiben zu liefern. Erst bei den Vertragsverhandlungen am 27. Juli 1972 über die Materialsicherung für 1973 wurde erstmalig und nur mündlich zugesagt, daß ab 1. Januar 1973 polierte Scheiben geliefert werden können. Bis heute gibt es keine schriftliche Bestätigung dafür.

In Anbetracht dieser (wenn auch unsicheren) Zusage durch VEB Spurenmetalle Freiberg einerseits und der für die Fertigstellung der Poliermaschine in TM einschließlich Installation notwendigen weiteren 40 TM entschloß sich das Überleitungskollektiv am 28. Juli 1972 (einen Tag nach der mündlichen Zusage durch SMF), den Auftrag in TM zu stornieren. Das war der frühestmögliche Zeitpunkt dafür, und somit spart unser Betrieb noch immer 40 TM.

Es muß aber auch klargestellt werden, daß bei der Einhaltung der ur-

sprünglichen Kalkulation von 40 TM und des Liefertermins von 3/72 der ökonomische Schaden wesentlich kleiner wäre und daß die Maschine seit Monaten mit großem Vorteil für die Polierqualität in DS eingesetzt wäre.

Zum Fortgang ist zu sagen, daß bei Abschluß des F- und E-Themas, wenn über die Weiternutzung aller TGM zu entscheiden ist, die anderweitige Nutzung oder der Verkauf der Poliermaschine oder deren Teile zu prüfen ist. Das kann im Augenblick noch nicht in Angriff genommen werden, weil uns die unsichere Freiburger Zusage zwingt, einen Ausweg offenzuhalten.

Dr. Claus, Abteilungsleiter FT 1

Planmäßig produzieren, klug rationalisieren –
uns allen zum Nutzen



Die sozialistische Rationalisierung,
eine der Hauptmethoden zur Steigerung
der Arbeitsproduktivität

Klug rationalisieren – für den Menschen – mit dem Menschen

Die Entwicklung seit dem VIII. Parteitag hat bestätigt, daß die Erfüllung der Hauptaufgabe der einzig mögliche Weg ist, um im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern. Der Hauptweg zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Erhöhung ihrer Effektivität besteht in der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, insbesondere durch die sozialistische Rationalisierung.

Die sozialistische Rationalisierung ist im umfassenden Sinne die rationelle Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit auf allen Gebieten. Sie umfaßt alle Seiten des Reproduktionsprozesses:

- die Forschung und Entwicklung;
- technologische Vorbereitung und Durchführung des Produktionsprozesses;
- die Materialbereitstellung und den Absatz.

Die sozialistische Rationalisierung ist eng mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden. Unter der Losung „Planmäßig produzieren, klug rationalisieren, uns allen zum Nutzen“ fand am 23. 3. 1972 unsere Rationalisierungskonferenz statt.

Diese Rationalisierungskonferenz führte zur

- Einleitung einer politisch-ideologischen Offensive bei der Vorbereitung und Durchführung der auf die betrieblichen Schwerpunkte bezogenen sozialistischen Rationalisierung;
- Erarbeitung von Lösungswegen und Maßnahmevorschlägen bei Einbeziehung von Werktätigen, insbesondere der Neuerer, Jugendlichen und Kollektive.

Zur politisch-ideologischen Arbeit hat auch die Gestaltung des Ökonomischen Kabinetts mit dem Thema „Sozialistische Rationalisierung“ beigetragen. Bisher wurde sie von 1238

Kollegen besucht. Die Ausstellung vermittelt, ausgehend von der durch den VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe, die Notwendigkeit der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion und die Rolle der sozialistischen Rationalisierung.

Es werden die Hauptaufgaben für die sozialistische Rationalisierung in unserem Betrieb aufgezeigt und Impulse für die Einbeziehung der Werktätigen in die Lösung der Aufgaben gegeben. Das Ökonomische Kabinett steht noch bis September 1972 unter dem Thema „Sozialistische Rationalisierung“.

Auf der Rationalisierungskonferenz wurden die Schwerpunkte der Rationalisierung für 1972/73 festgelegt. Das sind u. a. die Haupterzeugnisse

- Ziffern- und Zeichenanzeigeröhren
- Bildröhren
- SAY-, Si-Z-Dioden einschließlich Thyristoren

- CV 20
 - FLSA
- Die Hauptansatzpunkte für die sozialistische Rationalisierung sind dabei

- bessere Nutzung der vorhandenen Maschinen, Ausrüstungen, Flächen und Räume sowie Modernisierung der vorhandenen Technik, Mechanisierung und Automatisierung;
- effektive Verwendung von Material und Energie;
- rationeller Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, d. h. effektive Ausnutzung der Arbeitszeit, Stärkung der materiellen Produktion durch Zuführung von Arbeitskräften aus dem nicht produzierenden Bereich;
- Erhöhung der Effektivität der Forschung und Entwicklung sowie der produktionsvorbereitenden Prozesse.

Im Ergebnis der Vorbereitung und Durchführung der Rationalisierungskonferenz und im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Neuererverordnung hat sich im Bereich die Neuerertätigkeit positiv entwickelt.

Die Gesamtbeteiligung stieg im II/72 gegenüber 1971 von 22,8 Prozent auf 25,5 Prozent. Die Beteiligung unserer Kolleginnen stieg im II/72 gegenüber 1971 von 8,9 Prozent auf 12,7 Prozent. Der Anteil der Jugendlichen im II/72 gegenüber 1971 stieg von 18,1 Prozent auf 24,5 Prozent.

Von den im II/72 beteiligten Werktätigen sind 60,2 Prozent Produktionsarbeiter gegenüber dem I/71 mit 50 Prozent.

Im I/72 wurden 73 neue Arbeitsgemeinschaften zur Lösung von Neuereraufgaben gebildet.

Diese Aktivität spiegelt sich auch in der guten Erfüllung der ökonomischen Zielstellung des Plan Wissenschaft und Technik, Teil II, wider. Bei den meisten Haupterzeugnissen konnte die Fertigung weiter stabilisiert und der Ausschuß gesenkt werden. Besonders hervorragende ökonomische Ergebnisse wurden dabei im Werkteil Röhren erreicht. Von wesentlicher Bedeutung für die Weiterführung der sozialistischen Rationalisierung ist die Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation in unserem Betrieb.

Die wissenschaftliche Arbeitsorganisation ist die Gestaltung des Zusammenwirkens der Werktätigen mit ihren Arbeitsmitteln und ihren Arbeitsgegenständen, ihren Beziehungen untereinander im Arbeitsprozeß sowie der Umweltbedingungen entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie hat das Ziel, solche Bedingungen für

die Tätigkeit der Werktätigen zu schaffen, die ihnen hohe Leistungen ermöglichen sowie ihre allseitige körperliche und geistige Entwicklung fördern.

Zur Verwirklichung dieser Zielstellung wurde als Führungsdokument die Weisung Nr. 13/72 „Konzeption zur Durchsetzung der WAO im VEB WF“ erarbeitet. Des Weiteren wurde die Konzeption zur Aktivierung der Arbeitsnormung im VEB WF als Weisung herausgegeben.

Die Hauptaufgaben bei der weiteren Durchsetzung der WAO als Bestandteil der sozialistischen Rationalisierung sind in den o. g. Dokumenten mit Terminstellung und Verantwortlichkeiten enthalten. Sie beziehen sich nicht nur auf die produzierenden Bereiche, sondern auch auf den Sektor der Produktionsvorbereitung sowie die Leitungs- und Verwaltungsrationalisierung.

Die Schwerpunkte dieser Weisungen sind u. a.:

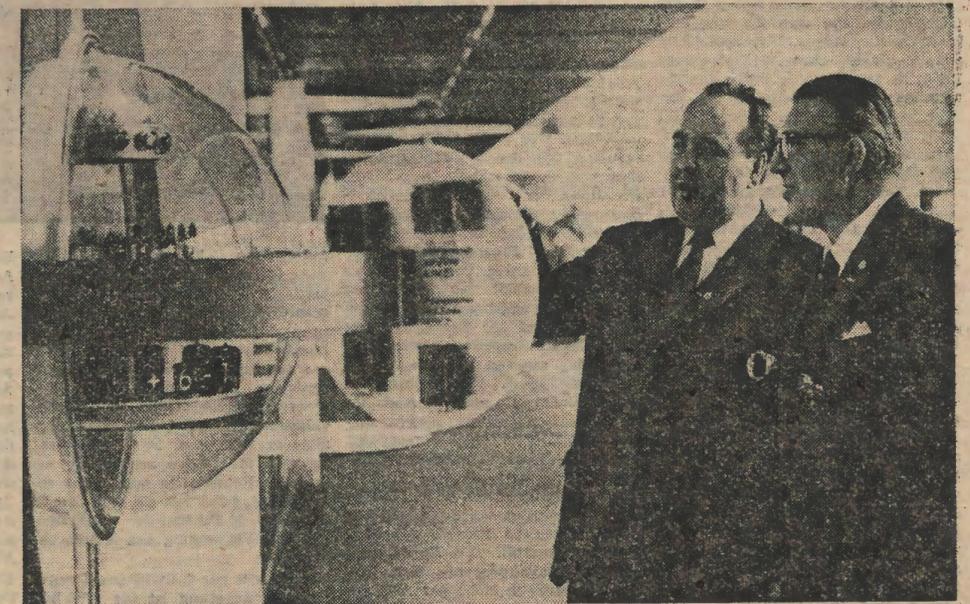
- Rationalisierung der Führungs- und Leitungstätigkeit;
- Einbeziehung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Phase der Produktionsvorbereitung;
- Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Vervollkommnung bestehender Arbeitsprozesse;
- arbeitswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung;
- verstärkte Einbeziehung der WAO in den sozialistischen Wettbewerb;
- konsequente Durchsetzung des Grundsatzes „Neue Technik – neue Normen“;
- Planmäßigkeit in der Normenarbeit;
- Bildung von Normenaktivitäten.

Uns muß bewußt sein, daß unser Betrieb gegenüber den Planaufgaben 1972 im Jahre 1973 in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine harte Aufgabenstellung zu erfüllen hat. Diese hohe Zielstellung drückt sich insbesondere aus in der geforderten

- Erhöhung der industriellen Warenproduktion auf 239,4 Mio M;
- in der Auflage, den Nettogewinn auf 20,1 Mio M bei gleichbleibender Arbeitskräftezahl zu steigern.

Der im Planentwurf vorgegebene Produktionsanstieg wird ohne Zuführung von Arbeitskräften konzipiert, das bedeutet, daß er allein durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden muß. Daher kommt der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Rationalisierung im Zusammenhang mit der Führung des sozialistischen Wettbewerbs eine außerordentlich hohe Bedeutung zu.

1972 hat unser Betrieb eine Selbst-



kostensenkung in Höhe von 4,5 Mio M und eine Arbeitszeiteinsparung von 300 000 Stunden zu realisieren. 1973 erfahren diese Kennziffern eine Steigerung auf 5,0 Mio M SKS und 540 000 Stunden AZE.

Während die ökonomische Zielstellung des PWT, Teil II, 1972 zum Staatsplan bisher gut erfüllt wird, ist eine Abdeckung im Planentwurf 1973 noch nicht erreicht worden. So wird gegenwärtig der Abdeckungsgrad der SKS mit 77,5 Prozent und der AZE mit 45,7 Prozent erreicht. Es sind also noch gewaltige Anstrengungen zu unternehmen, um die vorgegebenen Kennziffern zu erfüllen bzw. überzuerfüllen. Welche Möglichkeiten müssen also genutzt werden, um eine volle Abdeckung zu erreichen?

1. Trotz der Vorgabe der Kennziffern für Arbeitszeiteinsparung in der Direktive des Betriebes zur Ausarbeitung des Planentwurfes fehlen von allen Fachdirektoraten die entsprechenden Zuarbeiten für den PWT, Teil II.
2. Der Einarbeitung der Neuerervereinbarungen in den Planteil II/4 – Rationalisierung muß von den Werkteilen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.
3. Die Aufstellung des Planes der Normenarbeit muß in den Werkteilen wieder zielgerichtet durchgeführt werden, um dadurch eine angemessene Kostensenkung zu erreichen.
4. Durch die Werkteile- und Fach-

direktorate sind Maßnahmen planwirksam zu gestalten, die auf der Vertrauensleutevollversammlung am 11. 5. 1972 von den Werkteilen aus Anlaß der sozialpolitischen Maßnahmen des 5. Plenums abgegeben wurden.

Das sind nur einige Möglichkeiten, die Abdeckung im vorliegenden Planentwurf des Planes Wissenschaft und Technik, Teil II, zu erreichen.

So ergibt sich z. B. im Zuge der Erarbeitung bzw. Präzisierung der Rationalisierungsmaßnahmen für die Haupterzeugnisse noch ein breites Feld für die Einbeziehung der Neuerer sowie für die planmäßige Lenkung der Neuerer auf die Schwerpunkte der Werkteile und Fachdirektorate. So hat sich z. B. das Kollektiv DS verpflichtet, die Ausschüßkosten bei den Erzeugnissen SAY 12, 16-20 um ca. 300 TM zu senken.

Im Werkteil Röhren – Bereich Senderöhre – hat sich das Kollektiv verpflichtet, die Produktion gegenüber dem Vorjahr auf mindestens 107,7 Prozent zu steigern ohne Zuführung weiterer Arbeitskräfte. Gegenwärtig kommt es darauf an, daß in allen Werkteilen und Fachdirektoraten der „Plan der sozialistischen Rationalisierung“ zu entwickeln ist, der die konkreten Wege und Mittel zur Durchführung der sozialistischen Rationalisierung in den einzelnen Abschnitten des Betriebes aufzeigt.

Dieser neue Weg soll dazu beitragen, die Abdeckung der Plankennziffern des PWT, Teil II für SKS und AZE über das ganze Jahr hindurch zügig vorzubereiten.

Das wichtigste bei der Durchführung des Planes im 2. Halbjahr besteht darin, alle Möglichkeiten für eine bedeutende Übererfüllung des Planes 1972 konsequent zu nutzen. Das wird die Aufgabe erleichtern, mit dem Übergang zum Jahre 1973 das Wachstum weiter zu beschleunigen und die Übereinstimmung mit dem vom VIII. Parteitag vorgegebenen Entwicklungstempo voll zu erreichen.

Schmidt, TZ 4



Zusatzrentenversicherung für Angehörige der Intelligenz

Viele Angehörige der Intelligenz aus VEB und Kombinat, wirtschaftsleitenden Organen, wissenschaftlichen Institutionen und anderen Einrichtungen, die zum Kreis der Anspruchsberechtigten auf zusätzliche Altersversorgung der Intelligenz (AVI) gehören, haben in den letzten Jahren die Frage aufgeworfen, ob sie sich nicht durch eigene Beitragszahlung an der ihnen durch unseren Staat zugesicherten großzügigen Versorgung beteiligen können. Sie stellten diese Frage in der Hauptsache aus dem Grunde, weil eine solche eigene Beitragszahlung entsprechend ihrem Einkommen möglich ist und von ihnen für gerechtfertigt gehalten wird. Mit der Verordnung vom 10. Februar 1971 über die Verbesserung der freiwilligen Zusatzrentenversicherung und der Leistungen der Sozialversicherung bei Arbeitsunfähigkeit (GBl. II S. 121) wurde diese Möglichkeit geschaffen. Damit wird dem Anliegen dieser Werktätigen Rechnung getragen und gleichzeitig festgelegt, daß ihre bisherigen Ansprüche als Anspruchsberechtigte auf AVI durch den Beitritt zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung nicht geschmälert werden. Der Paragraph 13 Abs. 1 der o. g. Verordnung legt fest, daß „Werktätige mit Anspruch auf zusätzliche Altersversorgung der Intelligenz, die der freiwilligen Zusatzrentenversicherung beitreten“ anstelle der AVI eine Zusatzrente entsprechend ihrer Beitragszahlung erhalten, die aber immer mindestens in Höhe des AVI-Anspruchs gewährt wird. Eindeutig geregelt ist, daß auch für diese Werktätigen der Beitritt zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung ausschließlich in ihrer Entscheidung liegt, weil das für diese Zusatzrentenversicherung geltende Prinzip der Freiwilligkeit für alle Werktätigen gilt. Der Beitritt von AVI-Berechtigten zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung entspricht der eigenen Verantwortung, die jeder Werktätige für die Versorgung bei Invalidität und im Alter selbst hat. Viele Werktätige, die nicht zum Kreis der anspruchsberechtigten Personen auf AVI gehören, werden in ihrer Bereitschaft zum Eintritt in die freiwillige Zusatzrentenversicherung durch ein solches Vorbild positiv beeinflusst, weil es sich bei dem Kreis der AVI-Berechtigten im Regelfall um leitende Wirtschaftsfunktionäre handelt. Auch aus diesem Grunde kommt deshalb dem Eintritt der AVI-Berechtigten zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung große Bedeutung zu.

Entsprechend der in unserer Gesellschaftsordnung gegebenen Rechtssicherheit sehen die Rechtsvorschriften vor, daß den AVI-Berechtigten die aus der AVI zugesicherten Ansprüche auf Invalidenversorgung und Hinterbliebenenversorgung in Umfang und Höhe voll erhalten bleiben, wenn sie Mitglied der freiwilligen Zusatzrentenversicherung werden. Dadurch tritt für diese Werktätigen mit dem Abschluß einer freiwilligen Zusatzrentenversicherung eine Erhöhung der sozialen Sicherheit ein, weil sie selbstverständlich außerdem auch Anspruch auf die anderen Leistungen erwerben, wie sie die Werktätigen erhalten, die der freiwilligen Zusatzrentenversicherung angehören. Die Höhe der von der Sozialversicherung zu zahlenden Zusatzinvalidenrente beträgt im vorliegenden Falle z. B. 60 Prozent des Einkommens, unabhängig von der Dauer der Zugehörigkeit zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung. Wenn sich auf Grund der Beitragszahlung ein höherer Zusatzinvalidenrentenanspruch ergeben würde, wird selbstverständlich die höhere Zusatzinvalidenrente gezahlt. Auch im Falle des Rentenalters besteht Anspruch auf maximale Versorgung. Solange sich auf Grund der Beitragszahlung kein höherer Zusatzrentenanspruch ergibt, wird die Zusatzaltersrente im vorliegenden Falle in Höhe von 60 Prozent des Einkommens gezahlt. Die Berechnung der Zusatzinvalidenrente bzw. Zusatzaltersrente in Höhe der AVI erfolgt nach den gleichen Bedingungen, die bei der Berechnung der AVI maßgebend sind.

Auch der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung aus der AVI wird im Falle des Todes von der Sozialversicherung bei der Berechnung der Zusatzhinterbliebenenrente voll garantiert, wenn der AVI-Berechtigte Mitglied der freiwilligen Zusatzrentenversicherung war. Das gilt sowohl für die Höhe der Zusatzhinterbliebenenrente für Witwen und Waisen als auch für die Anspruchsberechtigung auf diese Leistungen. Konkret hat die Witwe im Todesfalle Anspruch auf eine Zusatzhinterbliebenenrente in Höhe von 50 Prozent der Zusatzrente des Verstorbenen (die mindestens in Höhe der zugesicherten AVI gezahlt wird). Das gilt auch dann, wenn die Witwe das Rentenalter noch nicht erreicht hat, weil sie diesen Anspruch aus der AVI gehabt hätte, wenn ihr Mann nicht der freiwilligen Zusatzrentenversicherung beigetreten wäre. Beträgt der aus der AVI zugesicherte Versorgungsanspruch z. B. 500 M für den AVI-Berechtigten, der in die freiwillige Zusatzrentenversicherung eingetreten war, und ergibt sich auf Grund der Beitragszahlung keine höhere Zusatzrente, so würde der Versicherte eine Zusatzinvaliden- oder -altersrente in Höhe von 500 Mark und im Falle seines Todes die Witwe eine Zusatzinvalidenrente in Höhe von 250 Mark erhalten.

Ergibt sich jedoch aus der Beitragszahlung des AVI-Berechtigten zur



freiwilligen Zusatzrentenversicherung für die Witwe eine höhere Zusatzhinterbliebenenrente, wird diese gezahlt. Voraussetzung für die Zahlung dieser höheren Zusatzhinterbliebenenrente ist, daß die Witwe die in der Pflichtversicherung geforderten Bedingungen zum Witwenrentenbezug erfüllt. Es muß Invalidität vorliegen bzw. das Rentenalter erreicht sein. Trifft das nicht zu, weil die Witwe arbeitsfähig ist und das Rentenalter noch nicht erreicht hat, bekommt sie, wie bereits dargelegt, 50 Prozent der zugesicherten AVI-Versorgung des Verstorbenen.

Der Beitritt zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung ist für AVI-Berechtigte auch aus folgenden Gründen vorteilhaft. Der zugesicherte AVI-Anspruch, der sich im konkreten Beispiel auf Grund der Tätigkeit als Ingenieur ergibt, bleibt auch bei Änderung des Arbeitsrechtsverhältnisses, bei Wechsel der Tätigkeit von einem volkseigenen Betrieb zu einem anderen Kombinat oder VVB erhalten, wenn weiterhin eine Tätigkeit als Ingenieur ausgeübt wird. Voraussetzung für diesen Leistungsanspruch ist die Mitgliedschaft in der freiwilligen Zusatzrentenversicherung. Die AVI-Berechtigten erwerben sich damit durch ihre Zugehörigkeit zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung einen garantierten Zusatzrentenanspruch mindestens in Höhe ihrer zugesicherten AVI. Die gleiche Regelung gilt sinngemäß bei einem AVI-Berechtigten, der seinen AVI-Anspruch auf Grund eines Einzelvertrages hat. Durch seine Zugehörigkeit zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung hat er im Rentenfall Anspruch auf eine Zusatzrente mindestens in der Höhe, die ihm als AVI zugesichert wurde, wenn er noch Einzelvertragsinhaber ist und die sich aus der Beitragszahlung ergebende Zusatzrente nicht höher ist. Die Erhöhung der sozialen Sicherheit besteht außerdem darin, daß die AVI-Berechtigten den durch die Beitragszahlung erworbenen Anspruch auf Zusatzrente selbstverständlich im Rentenalter behalten, wenn sie nicht mehr zum Personenkreis der AVI-Berechtigten gehören. Tritt zum

Beispiel ein Werktätiger mit AVI-Anspruch der freiwilligen Zusatzrentenversicherung bei und zahlt 20 Jahre Beiträge und gehört zum Zeitpunkt des Rentenalters nicht mehr zum anspruchsberechtigten Personenkreis auf AVI, besteht für ihn der Anspruch auf die Zusatzaltersrente entsprechend der Beitragszahlung. Der AVI-Berechtigte, der nicht der freiwilligen Zusatzrentenversicherung angehört hat und im Rentenfall nicht mehr anspruchsberechtigt auf AVI ist, hat dagegen nur Anspruch auf die Rente aus der Sozialversicherung.

AVI-Berechtigte, die der freiwilligen Zusatzrentenversicherung beitreten, haben als weiteren Vorteil Anspruch auf das erhöhte Krankengeld, wenn sie keinen Lonausgleich mehr bekommen. Da AVI-Berechtigte im Regelfall ein monatliches Einkommens von 1000 M und mehr haben, bedeutet dieser erhöhte Krankengeldanspruch eine wesentliche Erhöhung der sozialen Sicherheit. Sie erhalten z. B. bei einem Nettoeinkommen von monatlich 1000 Mark anstelle des Krankengeldes in Höhe von 300 Mark (nach Wegfall des Anspruchs auf Lohnausgleich) mindestens monatlich 700 Mark bzw. bei entsprechender Kinderzahl monatlich 900 Mark an Krankengeld bis zur 18. Woche). Dann entscheidet sich, ob Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gelang, oder Festsetzung der Invalidität nötig ist. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die freiwillige Zusatzrentenversicherung für die AVI-Berechtigten ebenfalls, wie für die anderen Werktätigen mit einem Einkommen von mehr als 600 Mark monatlich von Vorteil ist, weil damit auch für sie durch ihre Beitragszahlung eine Erhöhung der sozialen Sicherheit eintritt.

Rat für SV der BGL
Kollegin Wolff





post an uns

Gemeinsame Ferienfreuden in Dabki

Für die in Dabki mit den polnischen Kindern, Erziehern und Freunden verbrachten schönen und erlebnisreichen Tage möchte sich das gesamte 46 Mann zählende Kollektiv aus der DDR, vom „Werk für Fernseheselektronik“ Berlin, sehr herzlich bedanken. Wir sind davon überzeugt, daß sich viele Begegnungen und Kontakte zu festen und echten Freundschaften entwickeln werden, wodurch wir einen gemeinsamen Beitrag zur weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit beider eng befreundeter Länder leisten. Besonderer Dank gilt dem polnischen Leiter Herrn Mikolajczak und seinem Stellvertreter Frau Zurek für ihre objektive, konsequente Arbeit, Anleitung und freundschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des polnischen und deutschen Kollektivs bzw. der gemeinsamen Arbeit beider Kollektive. Ein herzliches Dankeschön gilt dem Küchenpersonal, das stets für ein reichhaltiges, abwechslungsreiches und wohlschmeckendes Essen sorgte. Wir hoffen, daß sich diesbezüglich, wie auch auf anderen Gebieten, die freundschaftliche Zusammenarbeit und aktive Kooperation zwischen dem polnischen Maschinen- und Elektrogerätebauwerk „Celma“ in Cieszynie und dem „Werk für Fernseheselektronik“ in Berlin weiterhin erfolgreich vertiefen werden.
Freimut Boden

Dank dem Kollegen Pohl für vorbildliche Erziehung

Wir möchten Ihnen hierdurch mitteilen, daß der Schüler Andreas Pohl aus der Klasse 2b der Oberschule I Zeuthen zum Ende des Schuljahres 1971/72 mit der Urkunde

„Für gutes Lernen in der sozialistischen Schule“ ausgezeichnet wurde. Diese Urkunde wird für sehr gute schulische Leistungen und vorbildliche gesellschaftliche und außerunterrichtliche Arbeit im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung verliehen. Herr Reinhard Pohl ist Angehöriger Ihres Betriebes bzw. Ihrer Dienststelle. Ich bitte Sie, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten diesen Eltern öffentlich für ihre vorbildliche Erziehung in der Familie zu danken. Mit sozialistischem Gruß!
gez. Seidel
amt. Direktor

Für uns zur Freude!

Sehr geehrte Mitarbeiter! Trotz der großen Hitze die gegenwärtig Europa heimsucht, habe ich mir die Mühe gemacht, ein meines Erachtens ausgezeichnetes Gedicht aufzuschreiben und Ihnen zuzusenden. Eine Bekannte von mir, die nicht in Berlin wohnt, hat mir mehrere wirklich hübsche Verse geschickt. Ich nehme an, daß das Gedicht „Sommernacht“ nicht allzuviel Platz in der WF-Betriebszeitung einnehmen würde. Darum würde ich vorschlagen, daß Sie es eventuell veröffentlichen, denn es soll ja vielen Menschen Freude bringen. Von Zeit zu Zeit habe ich Berlin-Vorträge (vor bis zu 80 Personen) in den verschiedensten Stadtbezirken, und ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß es den Zuhörern ganz ausgezeichnet gefällt. Da meine Mutter im Werkteil Diode arbeitet, bin ich auf eine eventuelle Veröffentlichung im „WF-Sender“ gekommen. Betreffs Honorar würde ich verzichten, da das ja Frau Hoffmann bekommen müßte, sie jedoch von Anfang an darauf verzichtete. Ich würde einer Veröffentlichung dann zustimmen, wenn dies noch bis spätestens Sommerende geschehen würde.
Mit freundlichen Grüßen, R. Peglow

Sommernacht

Astrid Hoffmann
Wenn die Sonne untergeht
und der Mond am Himmel steht
ist die Luft so frisch und rein
ach, es kann nicht schöner sein.

Draußen hörst du Grillen zirpen
Frösche quaken, Hunde bellen
und an vielen, vielen Stellen
siehst du Licht ausgehen.

Von des Tages Hast und Arbeit
kannst du dich entspannen dann
und am nächsten Tag fängt
für viele das Leben
von neuem an.

Solche Nacht mit Blätterrauschen
ist so herrlich anzusehen
und beim Nachspaziergang
kannst du viele schöne Sachen
sehen.

Schau dir nur die Sterne an
was ein Stern erzählen kann,
kannst du nicht mit Worten sagen.
Nein, man kann es nicht beschreiben
solche Nacht ist wunderschön
und ich kann nur jedem raten
einmal in einer solchen Nacht
hinauszugehen.



man liest

Mit dem Ende der Ferienzeit rückt gleichzeitig für viele ein neues Lernjahr näher. Dazu unser Büchertip: Kybernetische und elektronische Fachliteratur!

- 1. Kybernetik** von A. Lerner
Es ist die 2. durchgesehene Auflage, erschienen im VEB Verlag Technik 1972 mit 344 Seiten und 174 Abbildungen sowie 43 Tafeln. Der Preis beträgt 23,- Mark. Das Buch gibt eine umfassende Einführung in das Gesamtgebiet der Kybernetik, unter besonderer Berücksichtigung des reglungstechnischen Aspekts. Der Autor führt den Leser bei mäßiger Anforderung an mathematische Vorkenntnisse in verständlicher Weise, doch mit wissenschaftlicher Strenge, bis zu den Anfängen einer quantitativen Behandlung vieler kybernetischer Probleme der Steuerung in technischen, biologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systemen und der Analyse und Automatisierung geistiger Prozesse.
- 2. Feldeffekttransistoren.** Physikalische Grundlagen und Eigenschaften von R. Paul.

Es ist die 1. Auflage 1972 und erschien im VEB Verlag Technik. 584 Seiten mit 314 Abbildungen und 14 Tafeln umfaßt das Buch. Mit Kunststoffeinband beträgt der Verkaufspreis 48,- Mark.

Nach den Büchern „Transistoren“ und „Transistormesstechnik“ erscheint vom Autor dieses Werk. Darin wird von den Grundvorstellungen des Stromtransports in Festkörpern ausgegangen, und darauf aufbauend werden die konstruktiven, technologischen und applikativen Probleme des Feldeffekttransistors behandelt. Die elektronischen Eigenschaften des Transistors werden ausführlich dargestellt, wodurch das Buch bei der Entwicklung und auch bei der Anwendung der Bauelemente als Nachschlagwerk dienen kann.

3. Elektrische Maschinen Berechnung rotierender elektrischer Maschinen von K. Vogt u. a.

Die 1. Auflage 1972 vom VEB Verlag Technik erscheint mit 628 Seiten, 370 Abbildungen sowie 55 Tafeln und kostet in Leinen 40,- Mark.

Mit diesem Buch wird das aus drei Bänden bestehende Gesamtlehrwerk „Elektrische Maschinen“ (Band I Müller, „Grundlagen, Aufbau und Wirkungsweise“, Band II Müller, „Theorie rotierender elektrischer Maschinen“) abgeschlossen. Es werden alle zur Projektierung und Konstruktion elektrischer Maschinen notwendigen Berechnungen angegeben und an vielen Beispielen erläutert. Gegliedert ist das Buch prinzipiell nach physikalischen bzw. technologischen Berechnungs- bzw. Bauelementen und nicht, wie bisher üblich, nach Maschinenarten.



denksport

Magisches Quadrat

1	2	3	4	5
2				
3				
4				
5				

In die Felder der Figur sind waagrecht und senkrecht gleichlautende Wörter einzusetzen. Die Wörter haben folgende Bedeutung: 1. Blume, 2. Gestalt aus „Don Carlos“, 3. Gewebe für Wettermäntel, 4. schalenreiches Nebenprodukt der Getreidevermahlung, 5. Sportboot.

Das kleinere Wort

In jedem der Wörter: Haltestelle, Erfordernis, Schweinefleisch, Kanarienvogel, Brandenburg, Kindergarten, Diesterweg, Machorka, Sangerhausen, Ofenbaumeister, Dardanellen, Karenina, Delegation, Skigelände, Amnestie – ist ein kleineres Wort enthalten. Die Anfangsbuchstaben dieser kleineren Wörter nennen, fortlaufend gelesen, den Titel eines Dokumentarfilms.
(Die Rätsel übersandte uns Herr Harry Pätzold, 1199 Berlin, Gellertstraße 16)

Auflösung aus Nr. 29/72

Waagrecht: 1. Sekt, 4. Blatt, 7. Rade, 3. Aden, 10. Spika, 12. Satz, 13. Sog, 14. Stamm, 15. TASS, 17. Keks, 19. Topas, 22. Rif, 24. Urne, 25. Drake, 26. Rind, 27. Nero, 28. Rasin, 29. Irun. Senkrecht: 1. Spass, 2. Kreta, 3. Tanzmusik, 4. Bess, 5. Amiga, 6. Trass, 9. Dathe, 11. Potpourri, 16. Spann, 17. Kader, 18. Kraus, 20. Prior, 21. Sedan, 23. Fenn.

Auflösung aus Nr. 30/72

Waagrecht: 1. Baker, 4. Ultimatum, 8. Adele, 9. Bake, 11. Ott, 12. Adam, 14. Emil, 16. Edda, 18. Koran, 19. Iriän, 20. Mine, 22. Tell, 23. oval, 24. Lao, 26. Aloe, 27. Balge, 29. Kurswagen, 30. Tanne. Senkrecht: 1. Beta, 2. Komet, 3. Rute, 4. Uckermark, 5. Idol, 6. Alte, 7. Medaillon, 9. Bakbo, 10. Email, 12. Adria, 13. Minne, 15. Inn, 16. die, 21. ELAS, 22. Toga, 25. Alwin, 27. Brot, 28. Egge.



**Jugendurania
für Jugendbrigaden!**
Die Gründung erfolgt
am 7. September 1972,
um 15.00 Uhr, im
Vortragssaal. Dort wird
konkret geantwortet
auf Eure Fragen.
Schickt Eure Vertreter!

Wohnungsbau auch für dich!

Der nach dem VIII. Parteitag der SED anzutreffende Elan beim Um- und Ausbau von Wohnungen für junge Ehen erhielt durch die 7. Tagung der FDJ-Bezirksleitung Berlin einen neuen Aufschwung. Welchen Beitrag muß jeder einzelne leisten, um zu einer Wohnung zu gelangen? Dieser Punkt und viele andere Probleme wurden am 24. 7. 1972 auf der Tagung der FDJ-Bezirksleitung in einer sechseinhalbstündigen Debatte erläutert. Als Gäste waren anwesend: verantwortliche Genossen der SED-Bezirksleitung und des Magistrats von Groß-Berlin.

Viele konstruktive Gedanken zum Wohnungsproblem wurden erläutert, weiterentwickelt und vervollständigt. All das zeigte das große Verständnis und die Bereitschaft von Partei und Regierung unserer Republik, den jungen Ehen in der DDR zu einem eigenen Heim zu verhelfen. Die dringende Aufforderung des 1. Sekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, an die Jugend, aktiv und mit Begeisterung bei einer für ihr eigenes Leben so wichtigen Angelegenheit wie dem Bau neuer und schönerer Wohnungen mitzuhelfen, wurde zum Leitmotiv der 7. BL-Tagung in Berlin. Die Mithilfe beim Bau neuer und schönerer Wohnungen, bei der Modernisierung sowie beim Um- und Ausbau vorhandener Wohnkapazitäten ist entsprechend dem Beschluß der 4. Tagung des Zentralrates der FDJ eine bedeutsame Aktivität zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Viele Probleme, die zu Anfang der Diskussion noch standen, wurden sachlich und einleuchtend geklärt. So beleuchtete man zuerst die Frage, wie man diese Wohnungen aufspürt und welchen Weg man gehen muß, um diese für den Aus- und Umbau zu erlangen. Hier beginnen nämlich meist die ersten Schwierigkeiten, da oft die staatlichen Stellen keinen genauen Überblick haben, wo solche Wohnungen oder Läden bestehen und ob diese vielleicht nicht schon ausgebaut und wieder bewohnt sind. Dieser 1. Punkt also erfordert schon die Aktivität eines jeden einzelnen, die natürlich in jeder Grundorganisation koordiniert werden muß. Dann ein weiteres wichtiges Problem wäre, wer baut die Wohnung aus? Selbstverständlich in erster Linie der, der darin wohnen will, mit einem Kollektiv von FDJlern unter fachmännischer Anleitung. Auch hier bewährt sich der Leitspruch „Selbst ist der Mann“, denn Ausbaubrigaden wird es kaum geben, bei solch großer Anzahl von umzubauenden Wohnungen. Es



würde auch einen großen Zeitraum in Anspruch nehmen. Wir wollen aber in kürzester Zeit unsere Wohnung ausbauen.

Wenn der eine oder andere jetzt resignierend sagt: „Na, bei diesen Problemen, die schon bei diesen wenigen Punkten auftauchen, und dann noch die, die noch entstehen, braucht man gar nicht erst die Kelle in die Hand zu nehmen.“

Diesem muß man klar entgegenwirken und erklären, daß Wohnungen nun mal nicht vom Himmel fallen und keiner über seinen eigenen Schatten springen kann. Aber um wieder zu einem Lichtblick zu kommen, muß man sagen, daß sich viele kompetente Leute darüber Gedanken gemacht haben und dabei auch zu erstklassigen Ideen gekommen sind, wie selbst ein Laie seine Wohnung aus- und umbauen kann. Bis zum Oktober dieses Jahres wird der Bezirksleitung Berlin ein Katalog vorliegen, der auf folgende Fragen Antwort geben wird: Wie kann man in kurzer Zeit mit kleinstem Aufwand Wohnraum herstellen? Wie geht man an das Bauen heran? Was muß man dabei beachten? An welche staatlichen Stellen muß man sich wenden, um den jugendlichen Wege zu ersparen? Wie fertigt man Kostenanschläge an? Was muß man bei der einfachen Projektierung beachten? Welches Material benötigt man zum Umbau, und wo bekommt man es? Adressen von Firmen und Auslieferungsstellen. Welche Installationen braucht man (Gas, Wasser, Abflüsse und Elektrik)? Welchen Ofen kann man wo verwenden, und wo bekommt man ihn zu kaufen? Aber auch praktische Tips werden

in diesem Katalog enthalten sein. Wie führt man einen Durchbruch aus? Wie versetzt man eine Wand? Wie setzt man Türen ein?

Auch Zeichnungen und graphische Hinweise werden enthalten sein. Zum Beispiel eine Magnetfolie und verschiedene Elemente auf einem Ausschneidebogen. Dadurch spart man viele Skizzen und Zeichnungen ein, die man eventuell doch wieder verwirft. So kann man auf dieser Folie alles zurechtschieben und auch schnell ohne Mühe wieder verändern. Diese Elemente werden nicht nur Wände, Fenster und Türen im Maßstab beinhalten, sondern auch Einrichtungsgegenstände. Kurz, in diesem Katalog werden alle Probleme des gesamten Weges des Um- und Ausbaus einer Wohnung mit den Lösungswegen aufgezeigt. Dieser Katalog von der handlichen Formatgröße A 3 wird von einem Forschungskollektiv des Berliner Bauwesens erarbeitet und Ende des Jahres 1972 jedem interessierten Freund zur Verfügung stehen. Ich glaube, daß dies ein wertvoller Wegweiser zu einer schönen Wohnung sein wird.

Zielgerichtet auf dieses Vorhaben wurden von der Bezirksleitung Berlin noch folgende richtungweisende Beschlüsse gefaßt: In allen Kreisleitungen werden bis zum 31. 8. 1972 „FDJ-Stäbe Wohnungsbau“ gebildet. Mitglieder dieser Stäbe sollten der 1. Kreissekretär bzw. Arbeiterjugendsekretär, Vertreter der KWV, der Abt. Wohnungswirtschaft, der VEB Baureparaturen und 2 GO-Sekretäre sein. Bis Oktober 1972 führen die FDJ-Kontrollposten der GO nach Abstimmung mit der FDJ-

Kreisleitung, dem Rat des Stadtbezirks und dem Kreiskomitee der ABI eine Kontrolle zur Aufspürung zweckentfremdeten und nicht genutzten Wohnraums durch. Die Ergebnisse sind im „FDJ-Stab Wohnungsbau“ auszuwerten.

In Abstimmung mit den FDJ-Leitungen werden die Betriebe festgelegt, in denen sofort FDJ-Baubrigaden gebildet bzw. aus mehreren GO zusammengestellt werden.

Nicht als Beschluß, aber zur Förderung der Initiative und des jugendlichen Schöpferturns ist die Ausschreibung des Wettbewerbs des Zentralrates zur Modernisierung und zum Um- bzw. Ausbau von Wohnungen sowie zur Schaffung der materiellen Voraussetzungen zu verstehen. Jeder Jugendliche und FDJler kann sich daran beteiligen.

1. Preis 4000,- Mark
2. Preis 3000,- Mark
3. Preis 2000,- Mark

Die genauen Bedingungen des Preiswettbewerbs folgen in der nächsten WF-Sender-Ausgabe.

Nun liegt es an uns und der Initiative jedes einzelnen, wie dieses Wohnungsaus- und -umbauprogramm verwirklicht werden kann. Der Unterstützung von Partei, Staat und Betrieb können wir gewiß sein.

Hans-Joachim Steinhöfel
2. Sekretär der FDJ-Grundorganisation

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation. Verantwortlicher Redakteur: Gerda Aderhold, Redakteur: Heidi Grunau. Redaktionssekretärin: Inge Thews, Redaktion: 4. Geschoß, Bauteil E, Zimmer 4506. Telefon: 63 27 41. Apparat: 23 23. Erscheint unter der Lizenz-Nr. 50 17 B. Druck: (140) ND.